

Mitteilung von Mietzinsänderungen und/oder anderen einseitigen Vertragsänderungen des Vermieters

gemäss Art. 269 ff. Obligationenrecht (OR)
(Formular des Kantons Appenzell I.Rh., Stand Oktober 2025)

Vermieter:

EINSCHREIBEN

Wir geben Ihnen folgende **Vertragsänderungen** bekannt:

Mietsache

Adresse, Hausnummer
Postleitzahl, Ort

Wohnung

Geschäftsräume

Mietzins- und/oder Nebenkostenänderungen

a) Mietzins (ohne Nebenkosten) für:
Wohnung
Garage / Abstellplatz

bisher

neu

b) Nebenkosten:

Total Mietzins inkl. Nebenkosten

Andere einseitige Vertragsänderungen

Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderungen

Begründung der Änderungen (Auf Begründungen im Begleitschreiben ist hier hinzuweisen.)

Wenn die Mietzinserhöhung mit Mehrleistungen begründet wird:

Erhalt von Förderbeiträgen für wertvermehrende Verbesserungen

Ja Nein

Ort, Datum

Unterschrift

Diese Mietzinserhöhung bzw. einseitige Vertragsänderung kann innert 30 Tagen seit Empfang der Mitteilung bei der Schlichtungsstelle für Mietverhältnisse, Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell, als missbräuchlich angefochten werden.

Schutz vor missbräuchlichen Mietzinsen und andern missbräuchlichen Forderungen des Vermieters bei der Miete von Wohn- und Geschäftsräumen (Auszug aus dem Obligationenrecht)

A. Missbräuchliche Mietzinse I. Regel	<p>Art. 269 Mietzinse sind missbräuchlich, wenn damit ein übersetzter Ertrag aus der Mietsache erzielt wird oder wenn sie auf einem offensichtlich übersetzten Kaufpreis beruhen.</p>	<p>b. der Vermieter den Anfangsmietzins gegenüber dem früheren Mietzins für dieselbe Sache erheblich erhöht hat. 2 Im Falle von Wohnungsmangel können die Kantone für ihr Gebiet oder einen Teil davon die Verwendung des Formulars gemäss Artikel 269 d beim Abschluss eines neuen Mietvertrags obligatorisch erklären.</p>
	<p>Art. 269 a Mietzinse sind in der Regel nicht missbräuchlich, wenn sie insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. im Rahmen der orts- oder quartierüblichen Mietzinse liegen b. durch Kostensteigerung oder Mehrleistungen des Vermieters begründet sind; c. bei neueren Bauten im Rahmen der kostendeckenden Bruttorendite liegen; d. lediglich dem Ausgleich einer Mietzinsverbilligung dienen, die zuvor durch Umlagerung marktüblicher Finanzierungskosten gewährt wurde, und in einem dem Mieter im Voraus bekanntgegebenen Zahlungsplan festgelegt sind; e. lediglich die Teuerung auf dem risikotragenden Kapital ausgleichen; f. das Ausmass nicht überschreiten, das Vermieter- und Mieterverbände oder Organisationen, die ähnliche Interessen wahrnehmen, in ihren Rahmenverträgen empfehlen. 	
B. Indexierte Mietzinse	<p>Art. 269 b Die Vereinbarung, dass der Mietzins einem Index folgt, ist nur gültig, wenn der Mietvertrag für mindestens fünf Jahre abgeschlossen und als Index der Landesindex der Konsumentenpreise vorgesehen wird.</p>	<p>2. Während der Mietdauer</p> <p>Art. 270 a 1 Der Mieter kann den Mietzins als missbräuchlich anfechten und die Herabsetzung auf den nächstmöglichen Kündigungstermin verlangen, wenn er Grund zur Annahme hat, dass der Vermieter wegen einer wesentlichen Änderung der Berechnungsgrundlagen, vor allem wegen einer Kostensenkung, einen nach den Artikeln 269 und 269 a übersetzten Ertrag aus der Mietsache erzielt. 2 Der Mieter muss das Herabsetzungsbegehr schriftlich beim Vermieter stellen; dieser muss innerst 30 Tagen Stellung nehmen. Entspricht der Vermieter dem Begehr nicht oder nur teilweise oder antwortet er nicht fristgemäß, so kann der Mieter innerst 30 Tagen die Schlichtungsbehörde anrufen. 3 Absatz 2 ist nicht anwendbar, wenn der Mieter gleichzeitig mit der Anfechtung einer Mietzinserhöhung ein Herabsetzungsbegehr stellt.</p>
	<p>Art. 269 c Die Vereinbarung, dass sich der Mietzins periodisch um einen bestimmten Betrag erhöht, ist nur gültig, wenn:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. der Mietvertrag für mindestens drei Jahre abgeschlossen wird; b. der Mietzins höchstens einmal jährlich erhöht wird; und c. der Betrag der Erhöhung in Franken festgelegt wird. 	
C. Gestaffelte Mietzinse	<p>Art. 269 d 1 Der Vermieter kann den Mietzins jederzeit auf den nächstmöglichen Kündigungstermin erhöhen. Er muss dem Mieter die Mietzinserhöhung mindestens zehn Tage vor Beginn der Kündigungsfrist auf einem vom Kanton genehmigten Formular mitteilen und begründen. 2 Die Mietzinserhöhung ist nichtig, wenn der Vermieter:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. sie nicht mit dem vorgeschriebenen Formular mitteilt; b. sie nicht begründet; c. mit der Mitteilung die Kündigung androht oder ausspricht. <p>3 Die Absätze 1 und 2 gelten auch, wenn der Vermieter beabsichtigt, sonstwie den Mietvertrag einseitig zu Lasten des Mieters zu ändern, namentlich seine bisherigen Leistungen zu vermindern oder neue Nebenkosten einzuführen. 4 Für die Mitteilung einer Mietzinserhöhung und anderer einseitiger Vertragsänderungen genügt eine auf mechanischem Weg nachgebildete Unterschrift auf dem vorgeschriebenen Formular. 5 Für die Mitteilung von Mietzinserhöhungen, die in einer Vereinbarung nach Artikel 269c vorgesehen sind, genügt die schriftliche Form.</p>	<p>II. Anfechtung von Mietzinserhöhungen und andern einseitigen Vertragsänderungen</p> <p>Art. 270 b 1 Der Mieter kann eine Mietzinserhöhung innerst 30 Tagen, nachdem sie ihm mitgeteilt worden ist, bei der Schlichtungsbehörde als missbräuchlich im Sinne der Artikel 269 und 269 a anfechten. 2 Absatz 1 gilt auch, wenn der Vermieter sonstwie den Mietvertrag einseitig zu Lasten des Mieters ändert, namentlich seine bisherigen Leistungen vermindert oder neue Nebenkosten einführt.</p>
	<p>Art. 269</p>	
D. Mietzinserhöhungen und andere einseitige Vertragsänderungen durch den Vermieter	<p>Art. 269 d 1 Der Vermieter kann den Mietzins jederzeit auf den nächstmöglichen Kündigungstermin erhöhen. Er muss dem Mieter die Mietzinserhöhung mindestens zehn Tage vor Beginn der Kündigungsfrist auf einem vom Kanton genehmigten Formular mitteilen und begründen. 2 Die Mietzinserhöhung ist nichtig, wenn der Vermieter:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. sie nicht mit dem vorgeschriebenen Formular mitteilt; b. sie nicht begründet; c. mit der Mitteilung die Kündigung androht oder ausspricht. <p>3 Die Absätze 1 und 2 gelten auch, wenn der Vermieter beabsichtigt, sonstwie den Mietvertrag einseitig zu Lasten des Mieters zu ändern, namentlich seine bisherigen Leistungen zu vermindern oder neue Nebenkosten einzuführen. 4 Für die Mitteilung einer Mietzinserhöhung und anderer einseitiger Vertragsänderungen genügt eine auf mechanischem Weg nachgebildete Unterschrift auf dem vorgeschriebenen Formular. 5 Für die Mitteilung von Mietzinserhöhungen, die in einer Vereinbarung nach Artikel 269c vorgesehen sind, genügt die schriftliche Form.</p>	<p>III. Anfechtung indexerter Mietzinse</p> <p>Art. 270 c Unter Vorbehalt der Anfechtung des Anfangsmietzinses kann eine Partei vor der Schlichtungsbehörde nur geltend machen, dass die von der andern Partei verlangte Erhöhung oder Herabsetzung des Mietzinses durch keine entsprechende Änderung des Indexes gerechtfertigt sei.</p>
	<p>Art. 269</p>	
E. Anfechtung des Mietzinses I. Herabsetzungsbegehr	<p>Art. 270 1 Der Mieter kann den Anfangsmietzins innerst 30 Tagen nach Übernahme der Sache bei der Schlichtungsbehörde als missbräuchlich im Sinne der Artikel 269 und 269 a anfechten und dessen Herabsetzung verlangen, wenn:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. er sich wegen einer persönlichen oder familiären Notlage oder wegen der Verhältnisse auf dem örtlichen Markt für Wohn- und Geschäftsräume zum Vertragsabschluss gezwungen sah; oder 	<p>IV. Anfechtung gestaffelter Mietzinse</p> <p>Art. 270 d Unter Vorbehalt der Anfechtung des Anfangsmietzinses kann der Mieter gestaffelte Mietzinse nicht anfechten.</p> <p>F. Weitergeltung des Mietvertrages während des Anfechtungsverfahrens</p> <p>Art. 270 e Der bestehende Mietvertrag gilt unverändert weiter:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. während des Schlichtungsverfahrens, wenn zwischen den Parteien keine Einigung zustande kommt, und b. während des Gerichtsverfahrens, unter Vorbehalt vorsorglicher Massnahmen des Richters.
	<p>Art. 270</p>	
2. Bestimmungen über den Schutz vor missbräuchlichen Mietzinsen	<p>Art. 253 b Die Bestimmungen über den Schutz vor missbräuchlichen Mietzinsen (Art. 269 ff.) gelten sinngemäß für nichtlandwirtschaftliche Pacht- und andere Verträge, die im Wesentlichen die Überlassung von Wohn- oder Geschäftsräumen gegen Entgelt regeln. 2 Sie gelten nicht für die Miete von luxuriösen Wohnungen und Einfamilienhäusern mit sechs oder mehr Wohnräumen (ohne Anrechnung der Küche). 3 Die Bestimmungen über die Anfechtung missbräuchlicher Mietzinse gelten nicht für Wohnräume, deren Bereitstellung von der öffentlichen Hand gefördert wurde und deren Mietzins durch eine Behörde kontrolliert werden.</p>	
	<p>Art. 253</p>	

Dieses Formular wurde vom Kanton Appenzell I.Rh. am 1. Oktober 2025 genehmigt. Es kann bei der Schlichtungsstelle für Mietverhältnisse, Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell, bezogen werden.